

Agrarpolitische Sonderwege beenden

Noch nie zuvor stand die Landwirtschaft in Baden-Württemberg vor so vielen und so großen Herausforderungen wie heute: Demographische Veränderungen, globale Wettbewerbsbedingungen und geopolitische Krisen, Klimawandel, fehlende Pflanzenschutzmittel oder gesellschaftliche Erwartungen. Die Landesregierung verschärft diese Probleme massiv durch landeseigene Gesetze, regulatorische Rahmenbedingungen, Bürokratie, Flächenstilllegungen und grüne Landwirtschaftsromantik. Alleine von 2020 bis 2023 haben vier Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe im Land aufgegeben. Der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln wie Kartoffeln, Gemüse und Obst sowie Rind- und Schweinefleisch, Eiern und Milch ist deutlich zu niedrig. Wir wollen, dass Baden-Württemberg sich zu großen Teilen selbst versorgen kann, denn Ernährungssicherheit ist zwingende Voraussetzung für Resilienz. Das gelingt aber nur mit einer krisenfesten Landwirtschaft.

Keine Sonderwege beim Pflanzenschutz und Biolandwirtschaft

Die Landesregierung hat im Jahr 2020 mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz den Ausbau des Anteils der ökologischen Landwirtschaft auf 30 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2030 festgelegt. Mittlerweile muss sie sogar selbst zugeben, dass dieses Ziel nicht mehr erreichbar ist. Die Menschen kaufen zwar mehr Bio, aber v.a. Discounter-Bio aus dem Ausland. Erträge sind im ökologischen Landbau im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent geringer als im konventionellen,

wodurch unsere Importabhängigkeit steigt. Dies nützt weder dem Klima noch der Artenvielfalt, sondern schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte und letztlich der Ernährungssicherheit.

Auch beim Pflanzenschutz geht die Landesregierung einen Sonderweg. Sie hat im Biodiversitätsstärkungsgesetz festgelegt, dass bis 2030 der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 40 bis 50 Prozent reduziert werden soll. Mittlerweile muss auch hier die Landesregierung zugeben, dass diese Ziele nicht erreichbar sind. Ernährungssicherheit braucht modernen Pflanzenschutz.

Wir werden das Biodiversitätsstärkungsgesetz umgehend abschaffen.

Auf fruchtbaren Ackerböden Nahrungsmittel produzieren.

Die Landesregierung pflastert wertvolle Ackerböden mit Freiflächen-Photovoltaik zu und verkauft dies unter dem Deckmantel der klima- und energiepolitischen Notwendigkeit. Damit verschärft sie Flächennutzungskonflikte, schadet Landwirtschaft, Artenvielfalt, Klima und Ernährungssicherheit. Dabei liegt die Lösung, wie wir Nahrungsmittel und Energie erzeugen und dabei den Flächenverbrauch reduzieren auf der Hand. Die Lösung heißt Agri-PV. **Wir werden die Bedingungen schaffen, dass Agri-PV in Baden-Württemberg wirtschaftlich attraktiv wird und Landwirtschaftsbetrieben ermöglicht wird, diese selbst zu betreiben.**

ANSPRECHPARTNER



Georg Heitlinger MdL

Sprecher für Agrarpolitik, Ernährungs-
wirtschaft und Verbraucherschutz

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9230



Klaus Hoher MdL

Sprecher für Land-, Wald-
und Forstwirtschaft

klaus.hoher@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9330



Rudi Fischer MdL

Sprecher für Ländlichen Raum

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9310



Isabell Hegyi

Parlamentarische Beraterin

isabell.hegyi@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9136

IM FOKUS:

Modernes Jagdrecht

Für uns gehört der Wolf gehört ins Jagdgesetz genauso wie der Biber und die Saatkrähe. Baden-Württemberg braucht eine **praxistaugliche, unbürokratische und rechtssichere Regulierung konfliktträchtiger Tierarten**. Die Artenschutzromantik der Landesregierung hat dazu geführt, dass Biber und Saatkrähe sich überhaupt erst massenhaft im Land ausbreiten konnten. Heute sind dadurch landwirtschaftliche Existenzen bedroht und der Wolf frisst sich munter durch unsere Weidetierhaltung.

Zu einem modernen Jagdrecht gehört für uns auch, dass es umgehend eine ganzjährige Jagdzeit auf alle invasiven Arten, wie Waschbären oder Nutria, geben muss.

Baden-Württemberg ist Einfallstor für immer mehr invasive Tier- und Pflanzenarten. Geht es um deren Management, schieben sich Landwirtschafts- und Umweltministerium seit Jahren die Verantwortung in die Schuhe oder zeigen mit dem Finger nach Brüssel und Berlin. Dies hat dazu geführt, dass wir wertvolle Zeit verloren haben. Schätzungen zufolge sind bereits mindestens 20 invasive Arten bei uns in BW etabliert. **Prävention, Früherkennung und gezielte Bekämpfung (Pflanzenschutz, mechanische Verfahren, Jagd (Waschbär, Nilgans etc.)) müssen Hand in Hand gehen**. Nur so können wir die Einschleppung und die Ausbreitung invasiver Arten wirksam verhindern und eindämmen.

INITIATIVEN

- » Maßnahmen zur Eindämmung der Waschbärenpopulation in Baden-Württemberg [Drucksache 17/8827](#)
- » Umgang mit invasiven Arten und Aufgaben der Stadtjäger [Drucksache 17/7234](#)
- » Ernährungssicherheit braucht modernen Pflanzenschutz [Drucksache 17/9186](#)
- » Wirksame Lösungen statt Verbote beim Pflanzenschutz [Drucksache 17/8761](#)
- » Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) in der Nutztierhaltung [Drucksache 17/8982](#)

ARBEITSKREIS



Landwirtschaft

ANSPRECHPARTNER

Georg Heitlinger MdL
Klaus Hoher MdL
Rudi Fischer MdL



Positionspapier

Zeitgemäßer Umgang mit dem Waschbären



Positionspapier

Pflanzenschutz:
Wirksame Lösungen statt Verbote